

Projekt Neubau Mehrzweckanlage Ammannsmatt

Stellungnahme Vorstand Turnvereine Sins, Vorstand Seilziehclub Sins und Volley Sins

Verschiedene Male hat die IG Schule, Sport PLUS Kultur bereits Einsendungen im Anzeiger für das Oberfreiamt platziert. Dabei wurden dem Projekt des Gemeinderates eigene Ideen gegenüber gestellt. Wir schätzen dieses Engagement und werten dies als Zeichen für die Wichtigkeit dieses Projektes für die Zukunft der Gemeinde Sins.

Aufgrund eben dieser Wichtigkeit haben sich auch die Verantwortlichen der obgenannten Sportvereine mit dem Neubau-Projekt auseinandergesetzt. Wir sind aus verschiedenen Gründen zum Schluss gekommen, dass das Projekt des Gemeinderates die Bedürfnisse von Schule und Vereinen erfüllt.

Finanzen

Der Bau einer Sporthalle wie sie von der IG vorgeschlagen wird, ist – ohne die Berücksichtigung von Infrastruktur für kulturelle Anlässe – sicherlich günstiger, als das Projekt des Gemeinderates.

Die Turnhalle Ammannsmatt ist jedoch heute bereits zu klein für gewisse kulturelle Veranstaltungen. Die Grenze des feuerpolizeilich Erlaubten wird dementsprechend strapaziert und es werden Risiken eingegangen, die so als Dauerzustand nicht weiter tragbar sind. Ergo ist eine Mehrzwecknutzung in einer neuen Halle unumgänglich, um den zusätzlichen Platzbedarf zur Verfügung stellen zu können. Entsprechend ist die Infrastruktur dafür zwingend zu berücksichtigen.

Die bestehende Halle Ammannsmatt kann im heutigen Zustand nicht weiter genutzt werden. Der Zustand ist mehr als nur bedenklich. Eine Sanierung der bestehenden Halle Ammannsmatt wäre unumgänglich. Eine solche Sanierung muss beim Kostenvergleich einbezogen werden. Welche Variante tatsächlich kostengünstiger ist, ist aus heutiger Sicht völlig offen.

Raumbedarf

Die Turnhalle Ammannsmatt steht heute wegen kultureller Nutzung nur eingeschränkt für sportliche Zwecke zur Verfügung. Die kulturelle Nutzung konzentriert sich aber vorwiegend auf die Wochenenden, beeinflusst den Trainingsbetrieb der Sportvereine zwar, aber nicht in einem sehr grossen Ausmass. Das Projekt des Gemeinderates sieht drei Turnhallen plus einen separaten Proberaum vor, was viel mehr Flexibilität bringen wird.

Durchaus sehr positiv an der heutigen Situation ist allerdings, dass durch die Mehrzwecknutzung der Dialog zwischen Kultur- und Sportvereinen gefördert wird und so heute zwischen den verschiedenen Vereinen ein sehr gutes Einvernehmen herrscht. Dies daher, weil die gegenseitigen Bedürfnisse miteinander besprochen und miteinander Lösungen gefunden werden – ein ganz klarer Gewinn für das Vereinsleben in Sins!

Abbruch der bestehenden Turnhalle

Ein Abbruch der bestehenden Turnhalle ist für uns unumgänglich. Einerseits genügt diese den Ansprüchen für Anlässe verschiedenster Art längst nicht mehr, andererseits entsprechen die darin befindlichen Schulräumlichkeiten nicht mehr den Vorschriften. Es besteht drin-

gender Handlungsbedarf. Die zeitweilig sehr intensive Nutzung der Halle stört zudem den geregelten Schulbetrieb und birgt für die Schüler auch Risiken.

Spielwiese

Wir sind der klaren Überzeugung, dass einer Sporthalle zwingend auch eine Spielwiese angegliedert sein muss, die diesen Namen verdient. Eine solche Spielwiese in ausreichender Grösse ist nur mit dem Projekt des Gemeinderates gewährleistet und realisierbar.

Faktor Zeit

Die Verfolgung eines neuen Projektes würde das ganze um mindestens ein Jahr, unseres Erachtens eher um zwei Jahre verzögern. Die Schule Sins braucht aber dringend neuen Raum für den Schulsport, die Gemeinde ist verpflichtet, diesen Raum zu schaffen. Es kann nicht sein, dass in der heutigen Zeit, wo Fettleibigkeit und Bewegungsmangel bei Jugendlichen immer mehr zum Thema werden, auf obligatorische Sportlektionen in der Schule verzichtet werden muss, weil der Raum dafür fehlt.

Ebenfalls sind verschiedene Sportvereine von Sins in letzter Zeit sehr erfolgreich aufgetreten, insbesondere auch mit ihren Jugendabteilungen. Mehrere Meistertitel auf nationaler und sogar internationaler Ebene zeugen von der guten Arbeit in den Sportvereinen, zudem stellen solche Titel willkommene Werbung für die Gemeinde und die Region dar. Daher sehen wir es als Pflicht der Gemeinde an, entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen, welche den Vereinen weiterhin und langfristig ideale Rahmenbedingungen für deren Jugendarbeit gewährleisten. Eine Verzögerung kann unseres Erachtens nicht akzeptiert werden.

Eine solche Verzögerung brächte nebenbei auch zusätzliche Kosten mit sich, da die ganze Projektierung wohl wieder bei Null beginnen müsste.

Der Vorstand des Turnvereins, Vorstand Seilziehclub und Volley Sins unterstützen aus diesen Gründen das Projekt des Gemeinderates.

Aarg. Gewerkschaftsbund

Arbeitslosigkeit nimmt weiterhin stetig zu

Mit monatlichen «Jobalarm»-Aktionen machen die Aargauer Gewerkschaften auf die Arbeitslosigkeit aufmerksam. Der Aargawische Gewerkschaftsbund verlangt eine stärkere Unterstützung der Aargauer Wirtschaft, insbesondere in den ländlichen Industriestandorten.

Die vierte «Job-Alarm-Aktion» der Aargauer Gewerkschaften fand in Wohlen statt. Der interessierten Bevölkerung wurde bildlich vor Augen geführt, wie massiv die Arbeitslosigkeit nach wie vor steigt. Die steigende Zahl der Stellensuchenden wurde mit einer mittlerweile fast 31 Meter langen «Mandli-Schlange» symbolisiert. Die Passanten wurden so darauf hingewiesen, dass die wirtschaftlichen Aussichten für die Schweiz weiterhin düster bleiben.

Im Oktober hat sich die Lage für die Lohnabhängigen im Aargau weiter verschärft. Bereits sind 15'374 Personen offiziell arbeitslos oder auf Stellensuche. Das sind 52 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Damit wächst die Zahl der Arbeitslosen wesentlich schneller als beispielsweise in der Rezession ab 2001. Im kom-

menden Jahr wird sich die Lage gemäss den offiziellen Prognosen zusätzlich verschlimmern. Die Zahl der Stellensuchenden im Aargau könnte 2010 sogar nahe an die 20'000er Grenze kommen.

Besonders betroffen sind ländliche Industriestandorte wie Wohlen. Ende Oktober 2009 waren in Wohlen 518 Stellensuchende registriert. Nur das viel grössere Wettingen hat mehr (557)! Ähnlich sieht es auch in den Industrieorten der Bezirke Kulm und Zofingen und zum Teil im Fricktal aus.

«Die arbeitslosen Menschen kosteten die Schweiz im Jahr 2008 rund 2,8 Milliarden Franken, bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent. Stiege die Quote auf über 5 Prozent, müssten wir nächstes Jahr rund 5,5 Milliarden aufwenden. Dieses Geld ist besser investiert, wenn der Staat Firmen vorübergehend unter die Arme greift, die Arbeitnehmende halten wollen, statt sie zu entlassen. Sind die Menschen erst einmal entlassen, wird alles viel teurer. Noch sind wir in der Schweiz nicht von einer generellen Krise betroffen. Wenn wir die Arbeitslosigkeit nicht entschieden bekämpfen, wird sie uns aber einholen», so Michael Agoras, Generaldirektor von Adecco Schweiz.

Der bürgerliche Grosse Rat hat dies nicht begriffen. Er meint die Krise aussitzen zu können und wehrt sich mit Händen und Füssen gegen ein Konjunkturförderungsprogramm. Eine Erhöhung der Krankenkassenprämienverbilligung um die Kaufkraft zu stärken lehnt er schnöde ab! Das hilft den Betroffenen nicht.

Viele Arbeitgeber haben demgegenüber verstanden, dass es die Schweizer Binnenwirtschaft nur deshalb weitgehend von der Rezession verschont blieb, weil die Löhne gestiegen sind. Wer jetzt aus ideologischen Gründen immer noch nach Nullrunden ruft schadet sich selbst, denn die Löhne von heute, sind die Kaufkraft von morgen.

Die nächsten Aktion findet am 11. Dezember in Brugg (Neumarkt, 17–19 Uhr) statt.

LESERBRIEFE

Für den Inhalt von Leserbriefen übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung. Der Inhalt des Leserbriefes muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Minarett-Initiative: Rückfall ins Mittelalter ?

Im Mittelalter hat die Kirche befohlen, was der Einzelne zu denken hat. Mit Humanismus, Reformation und Aufklärung sind die Grundlagen für den demokratischen Verfassungsstaat gelegt worden. Wenn wir bedenken, dass die Schweiz seit 1848 eine parlamentarische, seit 1874 eine halbdirekte Demokratie darstellt, welche nicht nur die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch der religiösen Minderheiten schützt, so ist unser Land weltweit ein herausragender Pionier für Rechtsstaat und Demokratie. Unsere Vorfahren haben während der konfessionellen Bürgerkriege immer wieder Flüchtlinge aufgenommen, so die Hugenotten aus Frankreich. Die Töchter und Söhne dieser Familien, die mittlerweile längst Schweizer geworden sind, sind uns noch heute dafür dankbar, dass die Schweiz ihren Vorfahren Schutz vor Verfolgung bot.

Die Minarett-Initiative verletzt nicht

nur die humanitäre Tradition der Schweiz, sondern auch das Grundrecht auf Religionsfreiheit.

Viele Menschen, die der Initiative gewogen sind, weisen auf die Christenverfolgungen in islamischen Ländern hin und verlangen nach Vergeltungsmassnahmen. Islamische Länder, wo Staat und Religion nicht getrennt sind, können jedoch nicht mit unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft verglichen werden, wo jeder glauben darf, was er will. Menschenrechte und Religionsfreiheit verbieten schiere Vergeltung. Wir können nur auf politischem und diplomatischem Wege darauf hinwirken, dass die Christinnen und Christen in diesen Ländern vor Verfolgung geschützt werden.

Die Minarett-Initiative löst keine Probleme und ist ein Schlag ins Gesicht unserer freiheitlichen Demokratie. Das Integrationsproblem in unserem Lande kann nicht mit Verboten, sondern nur mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Begleitmassnahmen gelöst werden.

Quirin Weber, Jurist und Theologe, Muri

Ja für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten

Menschenleben vor Waffenbusiness

Im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 29. November spricht Bundesrätin Doris Leuthard von einer «strengen Bewilligungspraxis der Schweiz bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern». Dagegen belegt ein vertrauliches Dokument des Bundesrats, das in der Zeitung «Sonntag» vom 8.11. zitiert wird, dass die Schweiz trotz anders lautenden Beteuerungen Kriegsmaterialexporte in Gebiete bewilligt, in denen Kindersoldaten in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden. Schweizer Waffen kommen auch in Afghanistan (Mowag-Panzer), im Irak (Ruag-Handgranaten) oder in Darfur (umgerüstete Pilatus-Flugzeuge) zum Einsatz. Nur in der letztgenannten Region sind seit 2007 etwa 200'000 Menschen umgekommen und 2,5 Millionen innerhalb der Region vertrieben worden. Strenge Bewilligungspraxis?

Wir alle wissen es: Waffen werden hergestellt um zu töten. Im Krieg und Bürgerkrieg werden in erster Linie Frauen, Kinder und alte Menschen verletzt und umgebracht, dies nachweislich auch mit Waffen aus Schweizer Produktion. Natürlich wäre es bedauerlich, wenn bei Annahme der Initiative Arbeitsplätze «vernichtet» würden. Aber die Entscheidung zwischen der «Vernichtung» solcher Arbeitsplätze – und der Vernichtung von Menschenleben sollte uns nicht schwer fallen...

Zudem: Ruag ist eine der weltweit grössten Produzentinnen von Kleinkaliber-Munition. Durch solche Kugeln sterben täglich rund 1000 Menschen auf der Welt. Das Unternehmen gehört zu 100% dem Bund. Für das sinnlose Leiden und Sterben der Zivilbevölkerung werden wir als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie als Steuerpflichtige von der Weltöffentlichkeit zu Recht als mitverantwortlich angesehen. Dies können wir am 29. November ändern: mit einem Ja zur Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten!

Für SP Muri Eva Halter-Arend

Für Ihre Inserate!
info@villigerdruck.ch